

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 16. Juni 2023



Liebe Leserinnen und Leser,

diesen Montag verstrich eine Frist, innerhalb der die Ressorts ihre Einzelpläne für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2024 vorlegen sollten. In der Regel wird der Haushaltsentwurf vor der Sommerpause in den Bundestag eingebracht, um ihn rechtzeitig zur Haushaltsrunde im Herbst innerhalb der Fraktionen beraten und korrigieren zu können. Das Unvermögen zur Aufstellung eines Bundeshaushalts verdeutlicht wieder einmal die innere Zerrissenheit der Koalition.

In einer von der Union beantragten Aktuellen Stunde hat sich der Bundestag diese Woche mit den Lieferengpässen bei Medikamenten befasst. Die Hilferufe von Ärzten, Apothekern, Patienten und Eltern über fehlende Medikamente werden immer lauter. Der akute Mangel muss beseitigt werden und langfristig braucht es ein Frühwarnsystem, um künftigen Versorgungslücken vorzubeugen.

Wieder einmal hat die Ampel einen Gesetzentwurf von der Tagesordnung genommen und dann wieder aufgesetzt. Der neue Kompromiss beim Heizungsgesetz beinhaltet jetzt zwar ein paar positive Ansätze, lässt aber immer noch viele Fragen offen. Daher braucht es eine ausführliche Beratung im Bundestag.

Nicht wie von der Union erwartet zunächst im Parlament sondern vor der Bundespressekonferenz hat die Regierung nun ihre Nationale Sicherheitsstrategie vorgestellt. Insbesondere den Verzicht auf Nationalen Sicherheitsrat sieht die Union als falsch an.

Über diese und weitere Themen berichte ich Ihnen im Folgenden. Alles Gute,

Ihr


Hermann Färber MdB

Inhalt

Bundeshaushalt
2024

Medikamenten-
mangel

Heizungsgesetz

Nationale
Sicherheitsstrategie

Terminvorschau

CDU



Schwerpunkte der Sitzungswoche

Leitantrag zum Bundeshaushalt 2024 - Die Zeit drängt

Der Bundeshaushalt 2024 liegt nach Verstreichen der Frist noch nicht vor. Dabei ist es in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation besonders wichtig, Anreize für Wachstum zu setzen, um die Deindustrialisierung Deutschlands nicht weiter zu befeuern.

Das zu deckende Defizit im Haushalt beträgt 20 Milliarden Euro, wenn die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse eingehalten werden soll. Darüber hinaus bestehen finanzintensive Wünsche an Mehrbedarf aus den Reihen der Bundesregierung. Sogar Steuererhöhungen sind nicht ausgeschlossen – trotz Rekordsteuereinnahmen. Bundeskanzler und Bundesfinanzminister haben es bis jetzt nicht geschafft, die haushalterischen Realitäten mit den Wünschen der Ampel-Koalitionären unter einen Hut zu bringen.

Die Union fordert von der Ampel, noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 vorzulegen. Dabei darf die Schuldenbremse nicht umgangen werden. Es braucht eine durchdachte Prioritätensetzung, eine ernsthaft verfolgte Stelleneinsparung in den Ministerien und den Verzicht auf Steuererhöhungen. Wir werben außerdem für ein Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Zusätzlich sind Maßnahmen geboten, die zur Überwindung des Wirtschaftsabschwungs, zu langfristiger Preisstabilität sowie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum führen.

Aktuelle Stunde zum Medikamentenmangel

Fiebersäfte, Antibiotika, Insulin und Krebsmedikamente fehlen. Lieferengpässe nehmen zu und die Versorgungslage bessert sich nicht. Die Ampel muss endlich auf die Hilferufe von Ärzten, Apothekern, Patienten und Eltern über fehlende Medikamente reagieren. Dies ist auch einer der Gründe für den bundesweiten Apothekenstreik.

Bereits seit Mitte des vergangenen Jahres warnt die CDU/CSU vor Versorgungsengpässen und dem unhaltbaren Missstand fehlender Medikamente. Hierzu hatten wir einen umfangreichen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, in dem wir die Bundesregierung unter anderem aufgefordert haben, unverzüglich einen Beschaffungsgipfel einzuberufen, alternative Beschaffungsmöglichkeiten zu eröffnen, sich für eine effektivere Beschaffung von Arzneimitteln auf europäischer Ebene – auch mit dem Ziel einer Rückverlagerung der Produktion – einzusetzen. Seitdem wurde viel angekündigt aber nichts Wesentliches umgesetzt.

Daher bringen wir erneut unsere Forderungen erneut in den Bundestag ein:

- Sofortmaßnahmen, um die akute Unterversorgung mit Medikamenten zu verbessern, müssen ergriffen werden. Die angekündigten Maßnahmen der Koalition führen bestenfalls langfristig eine Verbesserung herbei, beseitigen aber kurzfristig den Mangel nicht. Langfristige Lösungen sind der zweite Schritt.
- Etablierung eines nationalen Frühwarnsystems, um auf künftige Lieferengpässe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln rechtzeitig reagieren zu können.



Bildquelle: Canva

Heizungsgesetz doch wieder auf der Tagesordnung

Kürzlich hieß es noch, dass nach den Streitigkeiten in der Koalition nicht mehr mit einer Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) vor der parlamentarischen Sommerpause gerechnet werden kann. In einer Krisensitzung hat sich die Ampel nun auf "Leitplanken" geeinigt - die von den Koalitionspartnern allerdings völlig unterschiedlich interpretiert werden. Dieses Vorgehen betrachten wir als CDU/CSU-Fraktion skeptisch.

In den Leitplanken sind positive Ansätze enthalten, allerdings bleiben wieder viele Fragen offen. Vorgesehen ist, den Heizungsaustausch an die kommunale Wärmeplanung zu koppeln. Das bedeutet: Erst wenn die Kommunen ihre Fernwärmenetze geplant haben, müssen die Bürger sich entscheiden, auf welche Alternative zur Öl- oder Gasheizung sie setzen. Positiv ist für den ländlichen Raum, dass der Brennstoff Holz nun doch einen Beitrag zu einer kostengünstigen und klimafreundlichen Wärmeversorgung leisten darf. Holzenergie soll demnach als erneuerbare Energie eingestuft werden. Das ist ein entscheidender Erfolg der Proteste und Oppositionsarbeit.

Einmal abgesehen von den handwerklichen Fehlern, offenen Hintertürchen und den ungeklärten Förderungen und Übergangsfristen hat der Prozess eine wichtige Erkenntnis gezeigt: Es geht eben nicht mit der Brechstange. Man muss Klimaschutz mit den Bürgerinnen und Bürgern machen und weitreichende Vorhaben wie dieses Gesetz viel breiter diskutieren, um die Menschen mitzunehmen und das Gesetz auf seine Praxistauglichkeit zu prüfen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass ideologisch und praxisfern von oben herab in die Heizungskeller hineinregiert wird, denn so kommen wir nicht an unser wichtigstes Ziel: Die Emissionen im Gebäudesektor müssen stark gesenkt werden.

Enttäuschung über Nationale Sicherheitsstrategie der Koalition

Nach anderthalb Jahren hat die Ampel eine Nationale Sicherheitsstrategie zur Beratung im Bundestag vorgelegt. Die Union kritisiert, dass die Regierung auf die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates verzichtet hat. Dieser könnte in Krisensituationen die Koordinierung der Reaktionen von Bund, Ländern und EU übernehmen. Auch die Tatsache, dass die Bundesregierung sich weder mit den Bundesländern, die gemeinsam mit ihren Polizeien die Gefahrenabwehr übernehmen, noch mit den EU- und NATO-Partnern abgestimmt hat, ist enttäuschend. Ein weiterer Wermutstropfen ist, dass sich die Ampel zwar zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO bekennt, dies sich allerdings nicht im Verteidigungshaushalt zu Gunsten der Bundeswehr niederschlägt. Eine große Leerstelle bleibt außerdem die fehlende detaillierte Auseinandersetzung mit dem aufstrebenden China. Positiv ist jedoch das klare Bekenntnis zum transatlantischen Bündnis sowie zum Prinzip der Abschreckung und der nuklearen Teilhabe.



Weitere Themen der Sitzungswoche

Schwanger- und Mutterschaft für Gründerinnen und Selbständige erleichtern

Die CDU/CSU setzt sich für verbesserte Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Selbstständige ein, damit diese Mutterschaft und Unternehmertum besser unter einen Hut bekommen. Aktuell können Schwanger- und Mutterschaft zur existenziellen Bedrohung für Selbstständige werden – gerade in der Gründungsphase. Dies stellt nicht nur ein persönliches bzw. betriebliches Problem dar, sondern auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland geht wertvolles Potenzial verloren. In einem Antrag haben wir die Bundesregierung aufgefordert, Höhe und Umfang des Mutterschaftsgeldes der gesetzlichen Krankenversicherung anzupassen. Wir wollen außerdem die Lebensrealität von Selbstständigen beim Elterngeld besser in den Blick nehmen, indem bei Zahlungseingängen während des Elterngeldbezuges auf den Zeitpunkt der erbrachten Leistungen abgestellt wird.

Besuche aus dem Wahlkreis

In den letzten Sitzungswochen vor der Sommerpause freue ich mich immer sehr über die vielen Besuchergruppen. Diese Woche hat mich zudem Christine Rettenmaier als Wirtschafts juniorin aus meinem Wahlkreis im Rahmen eines "Know-how-Transfers" im Bundestag begleitet. Die Wirtschafts juniorinnen sind junge Unternehmer und Führungskräfte unter 40 Jahren, die mitten im Berufsleben stehen und vielfach ehrenamtlich engagiert sind. Ich freue mich, einen kleinen Einblick in den Berliner Politikbetrieb ermöglichen zu können.

Mit der Besuchergruppe habe ich diese Woche das Technische Hilfswerk (THW) besucht, das in Not- und Unglücksfällen der Bevölkerung in Deutschland und weltweit mit Technik und Wissen helfend zur Seite steht. Im Bundestag habe ich mit den Besuchern ein Gespräch über meine Arbeit geführt und wir haben uns über Themen aus dem Wahlkreis, sowie Themen, die die Bürgerinnen und Bürger momentan stark beschäftigen, ausgetauscht. Dazu gehört das Gebäudeenergiegesetz (GEG) und die schwierige Lage für den Mittelstand, die Unternehmer und das Handwerk aufgrund von mangelnder Planungssicherheit und hoher Kosten.



Terminvorschau

17. Juni: Maientag in Göppingen

19. Juni: Austausch der Landesgruppe Baden-Württemberg im Bundestag mit dem französischen Botschafter in Berlin

20. Juni: Sommerfest der CDU/CSU-Fraktion in Berlin

21. Juni: Agrarkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion "Zukunft Landwirtschaft - wie sichern wir unsere Ernährung?"

22. Juni: Video-Austausch mit dem Mitglied der Europäischen Kommission, Herrn Janusz Wojciechowski, zuständig für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

24. Juni: Kinderfest in Ottenbach und Festnachmittag der Bergwacht bei Weissenstein

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de